

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses

- öffentlich -

Sitzungstag:

Donnerstag, 06.07.2023

Sitzungsort:

Sitzungssaal Rathaus 1. OG

Namen der Mitglieder des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
Vorsitzender: Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
Niederschriftführer: Lothar Kapfenberger		
Gremiumsmitglieder:		
Manfred Axenbeck		
Marianne Rader		
Philipp Schwarz		
Simone Spratter		
Thomas Weingärtner		
Johann Zehetmair	Gisela Fischer	
Stefan Zehetmair		

Die Beschlussfähigkeit i. S. d. Art. 47 Abs. 2 GO war gegeben.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Bau-, Verkehrs- und Grundstücksausschusses, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

304 8 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

Beschluss: 8:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.05.2023, die den Gremiumsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt.

AZ 024
Bauamt

305 8 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlicher Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses behandelten Bekanntgaben werden folgende Bekanntgaben in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, da die Gründe der Geheimhaltung weggefallen sind:

**G271 Gemeindliche Wohnanlage Fichtenstraße 1 - 55 ungerade:
Optimierung der Außenanlagen; Auftragsvergabe für die
Freiflächenplanung**

Der Bau-, Verkehrs und Grundstücksausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und stimmt der Optimierung der Außenanlagen mit der Variante 1 mit Gesamtkosten in Höhe von 199.500,- € zzgl. Baunebenkosten in Höhe von rund 61.800,- € brutto zu.

Das Büro Luska Freiraum GmbH, Dachau, wird mit der Ausführungsplanung und Bauleitung auf der Grundlage der Variante 1 mit Freiflächenplanung mit einer Honorarsumme in Höhe von rund 61.800,- € brutto beauftragt.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Ausgaben sind bei der Haushaltstelle 88160.9540 zu verbuchen.

**G272 Neubau Feuerwehrgerätehaus und Wohnnutzung in Unterföhring:
Auftragsvergabe für die Gewerke; Sektionaltore für Fahrzeughallen**

Das Gremium nimmt den Vergabevorschlag der Fachplanung kplan AG, Abensberg, vom 05.05.2023, sowie der Projektsteuerung Hitzler Ingenieure, München mit Vergabevorschlag vom 08.05.2023 zur Kenntnis und stimmt der Auftragsvergabe für das Gewerk Sektionaltore, an die ITB-Industrietorbau GmbH, Industriestraße 4 86850 Fischach mit Angebot vom 06.04.2023 mit einer Gesamtauftragssumme von 297.254,62 € brutto zu.

Die entsprechenden Kosten sind wie folgt zu verbuchen:

297.254,62 € brutto- HHSt. 13001.9420 (Baukosten Neubau
Feuerwehrgerätehaus)

Die Wartung für die Sektionaltore wird separat ausgeschrieben und über den Verwaltungshaushalt gebucht.

**G273 Neubau Feuerwehrgerätehaus und Wohnnutzung in Unterföhring:
Auftragsvergabe für die Gewerke; Netzersatzanlage
(Notstromversorgung)**

Das Gremium nimmt den Vergabevorschlag der Fachplanung G-TEC Ingenieure GmbH, Siegen vom 12.05.2023, sowie der Projektsteuerung Hitzler Ingenieure, München mit Vergabevorschlag vom 15.05.2023 zur Kenntnis und stimmt der Auftragsvergabe für das Gewerk Netzersatzanlage an Elektro Lehmann, Bornaer Straße 72a, 04651 Bad Lausick, mit Angebot vom 20.04.2023 mit einer Gesamtauftragssumme ohne Wartung von 189.599,43 € brutto zu.

Die entsprechenden Kosten sind wie folgt zu verbuchen:

189.599,43 € brutto €- HHSt. 13001.9420 (Baukosten Neubau
Feuerwehrgerätehaus)

Die Wartungskosten für 4 Jahre in Höhe von 6.160,00 € brutto werden genehmigt und sind ab 2024 im Verwaltungshaushalt im Unterabschnitt 13001 (Wartungskosten, neu anzulegen) zu verbuchen.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

G274 Ökologische Ausgleichsflächen der Gemeinde Unterföhring: Auftragsvergabe für die Fl.Nrn. 924 und 929 (Nähe Gleißachweg, südl. der Hierbachsiedlung)

Das Gremium nimmt den Vergabevorschlag der Büro Landschafts- und Ortsplanung; Tietz & Partner GmbH, München mit Vergabevorschlag vom 09.05.2023 zur Kenntnis und stimmt der Auftragsvergabe für die Ökologische Ausgleichsflächen (Fl. Nr. 924, Fl. Nr. 929) an die Firma Gaissmaier GartenLandschaft GmbH & Co. KG, Hallbergmooser Straße 53, 85356 Freising mit Angebot vom 03.05.2023 mit einer Gesamtauftragssumme ohne Entwicklungspflege von 109.356,95 € brutto zu und sind unter der HHSt. 36020.9451 (Ökologische Ausgleichsmaßnahmen) zu verbuchen.

Der Auftragsvergabe an die Firma Gaissmaier GartenLandschaft GmbH & Co. KG, Hallbergmooser Straße 53, 85356 Freising, für die Entwicklungspflege für 2 Jahre in Höhe von 19.834,92 € brutto in 2024 und 2025 wird zugestimmt und sind im Haushalt unter 36020.5012 (Unterhalt von Ausgleichsmaßnahmen) zu verbuchen.

AZ 024

Bauamt

306 8 **Änderungsbebauungsplan Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der
Beta-Straße; Abwägungsbeschluss gemäß §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2
BauGB**

Der Planentwurf zur Aufstellung des Änderungsbebauungsplans Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, in der Fassung vom 27.09.2022, nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 16.12.2022 bis einschließlich 17.01.2023 im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentlicher Belange hatten vom 16.12.2022 bis einschließlich 17.01.2023 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

Die Planzeichnung des Bebauungsplans wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt. Die gesamten Bebauungsplanunterlagen sind auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring unter <https://www.unterfoehring.de/bauen-wirtschaft/bauen/bauleitplanung.html> eingestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd. Anwe-
Nr. send

Vortrag - Beschluss

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich geäußert bzw. eine Stellungnahme abgegeben:

- Landratsamt München – Bauen
- Landratsamt München – Immissionsschutz, staatliches Abfallrecht und Altlasten
- Landratsamt München – Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaft und Forsten
- Gemeinde Unterföhring - Abfallberatung
- Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ebersberg-Erding
- Bayernwerk Netz GmbH
- DB Energie GmbH
- DB AG DB Immobilien
- SWM Infrastruktur GmbH & Co.KG
- Deutsche Telekom Technik GmbH

Landratsamt München – Bauen

Das Schreiben vom 01.03.2023 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

1. Bei der Aufzählung der Flurstücke auf dem Deckblatt der Satzung ist bei den „Teilflächen der Flurstücke“ auch die Fl.Nr. 229/2 angegeben, diese liegt jedoch vollständig im Geltungsbereich; dies müsste noch berichtigt werden. In diesem Zusammenhang sollte die Angabe der Fl.Nr. 237 in Punkt B 5.0 der Begründung überprüft werden, die nicht im Geltungsbereich der Bebauungsplanänderung liegt.
2. In Festsetzung A 9.4 muss auf das neu aufgenommene Planzeichen A 15.5 verwiesen werden.
3. In Festsetzung A 10.2, Satz 2, müsste es statt „dar“, darf lauten.
4. Südlich des Bauraums A wird ein Teil der ökologischen Ausgleichsfläche (A 14.7) mit dem Planzeichen Straßenbegrenzungslinie (A 14.4) umfasst. Hier müsste die Straßenbegrenzungslinie jedoch entlang des Geh- und Radwegs und Straßenbegleitgrüns geführt werden.
5. Das Planzeichen A 14.11 und die Darstellung in der Planzeichnung müssten noch in Übereinstimmung gebracht werden. In der vorliegenden Planzeichnung ist die grüne Hinterlegung der gepunkteten Fläche entlang des Geh- und Radwegs nicht erkennbar.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

6. In Festsetzung A 14.12 ist die angegebene Fl.Nr. 231/7 nicht zutreffend. Um Überprüfung, ob diese entfallen kann, wird gebeten. Dies wäre dann auch in der Begründung, Punkt C 4.7 zu berücksichtigen.
7. Zu Punkt 20 der Stellungnahme vom 27.09.2022 wurde beschlossen, die Maßlinie (A 19.0) mit 20,0 m anzugeben. Entgegen dem Beschluss sind jedoch im Bauraum B1 weiterhin Maße (15,0 und 5,0) eingetragen, deren Bezug zum Bauraum unklar ist; um nochmalige Überprüfung wird gebeten.
8. Da sich die Planzeichnung auf einem separaten Blatt befindet, wird darauf hingewiesen, dass die Planzeichnung ebenfalls mit Verfahrensvermerken zu versehen und auszufertigen ist, sofern sie nicht urkundengerecht mit den Festsetzungen und Hinweisen der Satzung verbunden wird.
9. In Punkt C 4.3 der Begründung sollte die Formulierung „dagegen unverändert“ im letzten Satz überprüft werden, außerdem müsste dieser Zusatz gestrichen werden.

Beschluss: 8:0

Zu 1

Der Anregung wird entsprochen. Das Deckblatt der Satzung sowie Punkt 5 der Begründung hinsichtlich der Flurnummern werden redaktionell überarbeitet.

Zu 2 und 3

Der Anregung wird entsprochen. Die Unterlagen werden entsprechend redaktionell überarbeitet.

Zu 4

Der Anregung wird entsprochen. Der Planverfasser wird beauftragt das Planzeichen Straßenbegrenzungslinie (A 14.4) entlang des Geh- und Radwegs und Straßenbegleitgrüns zu führen. Darüber hinaus wird zwischen dem Baugrundstück und der ökologischen Ausgleichsfläche zudem das Planzeichen A 1.3 ergänzt.

Zu 5

Der Anregung wird entsprochen. Das Planzeichen A 14.11 und die Darstellung in der Planzeichnung werden in Übereinstimmung gebracht.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Zu 6

Der Anregung wird entsprochen. Die Fl.Nr. 231/7 in Festsetzung A 14.12 wird gestrichen.

Zu 7, 8 und 9

Der Anregung wird entsprochen. Die Unterlagen werden entsprechend redaktionell überarbeitet.

Landratsamt München – Immissionsschutz, staatliches Abfallrecht und Altlasten

Das Schreiben vom 02.01.2023 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

Falls noch nicht geschehen, soll überprüft werden, ob die Anforderungen aus der textlichen Festsetzung A. 18 „Immissionsschutz“ (hier 18.2) aus dem Ursprungsbebauungsplan Nr. 74/05 vom Oktober 2006, mit Blick auf den passiven Schall- /Lärmschutz nach DIN 4109 - Schallschutz im Hochbau - ausreicht, um die Lärmauswirkungen - soweit vorhanden - des vierspurigen Ausbaus der Beta- Straße einschließlich Bypass „aufzufangen“. Sowohl im Bestand (BP 74/05) als auch in den geänderten Bauraumteilbereichen A1, A2 und B1 sind schutzbedürftige Nutzungen (z.B. Betriebsleiterwohnungen, Büro- und Verwaltungsräume) vorhanden bzw. zulässig. Eine Aussage zum Lärmschutz in vorstehendem Sinne (betreffend Bestands- und Änderungsplanung) sollte in die Planunterlagen mit aufgenommen werden, da es sich bei der Änderung des Verkehrsweges Beta-Straße um eine wesentliche Änderung im Sinne von § 1 Abs. 2 Nr. 1 der 16. BImSchV - Verkehrslärmschutzverordnung - handeln kann.

Beschluss: 8:0

Die Schalltechnische Verträglichkeitsuntersuchung (Schallschutz gegen Verkehrsgerausche) des Ingenieurbüros Greiner Beratende Ingenieure für Schallschutz PartGmbH vom 11.05.2023 kommt zu dem Ergebnis, dass auf Grundlage der vorliegenden Verkehrszählungen und der Planunterlagen aus schalltechnischer Sicht keine Bedenken gegen die Änderung des südlichen Teilbereiches des bestehenden Bebauungsplanes Nr. 74a/16 „Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße“ bestehen.

Der Vergleich der Beurteilungspegel aufgrund der Straßen, des Kreisverkehrs sowie der Rechtsabbiegerspur mit den Auflagen zum Immissionsschutz des Bebauungsplanes Nr. 74/05 zeigt Unterschreitungen der maximal zulässigen Außenlärmpegel in Höhe von 7 dB(A) während der Tageszeit und 2 dB(A)

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

während der Nachtzeit. Die Prüfung hinsichtlich des Kriteriums „wesentliche Änderung“ der 16. BImSchV aufgrund des erheblichen baulichen Eingriffs an der Beta-Straße zeigt für den Vergleich der zweispurigen mit der vierspurigen Situation eine Erhöhung der Beurteilungspegel um maximal ca. 0,3 dB(A). Die Pegelerhöhung liegt somit deutlich unter der Grenze von 3 dB(A), welche Voraussetzung für die Einstufung als wesentliche Änderung ist. Zudem liegt die prognostizierte Geräuschbelastung unter 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts.

Landratsamt München – Naturschutz, Erholungsgebiete, Landwirtschaft und Forsten

Das Schreiben vom 18.01.2023 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

Das Maßnahmenkonzept für die im BPlan-Umgriff liegende Ausgleichsfläche ist im Umweltbericht dürftig beschrieben, hierbei wird auf den bestehenden BPlan Nr. 74/05 verwiesen, dessen Regelungen weiterhin gelten sollen. Dennoch sollte auch im neuen BPlan ein detailliertes Maßnahmenkonzept für die Ausgleichsflächen aufgeführt werden.

Die untere Naturschutzbehörde der Landeshauptstadt München hat die grundsätzliche Eignung der Fl.Nr. 1135, Gemarkung Daglfing, als Ausgleichsfläche mit der E-Mail vom 11.01.2023 bestätigt. Folgendes wird bezüglich des Ausgleichskonzepts für die Fl.Nrn. 1135 und 1143 angemerkt und darum gebeten dies im Ausgleichskonzept zu beachten:

- Die Anlage von Obstgehölze auf „Vorherrschend Anmoorgley und Moorgley, gering verbreitet Gley über Niedermoor, humusreicher Gley und Naßgley, teilweise degradiert“ wird zum Schutz von Moorboden nicht empfohlen.
- Die Umwandlung von Maisacker in eine Wildgehölzpflanzung ist an und für sich nicht zu beanstanden. Die Breite von 14 Reihen legt nahe, dass die betroffene Fläche vollflächig zu einem Gehölzbestand werden soll. Ein breiterer Gehölzgürtel bringt jedoch in der Nachbarschaft zu den vorhandenen Gehölzen des Straßenbegleitgrüns der M3 keinen zusätzlichen Nutzen für die Biodiversität in diesem Bereich. Eine Kombination mit Extensivgrünland wäre diesbezüglich besser. Im Obstwiesenbereich wäre ohnehin eine Mahd vorgesehen und auf der bestehenden Ausgleichsfläche auf Fl.Nr. 1143 ist ebenfalls eine Mahd vorgesehen.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Spätestens zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses muss die dauerhafte Funktion der Ausgleichsfläche gesichert sein. Dies geschieht durch Eintragung von Unterlassungs- und Handlungspflichten des Grundstückseigentümers in das Grundbuch. Die Eintragung zugunsten des Freistaates Bayern, vertreten durch die betroffene untere Naturschutzbehörde, und der Gemeinde ist zweckmäßig. Die Gemeinde hat dazu die untere Naturschutzbehörde rechtzeitig zu informieren. Entbehrlich ist eine dingliche Sicherung nur bei Grundstücken im Eigentum der Gemeinde wegen deren Verpflichtung nach Art. 1 BayNatSchG ihre Grundstücke im Sinn der Ziele und Grundsätze des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu bewirtschaften. Es wird empfohlen die Herstellungs-, Entwicklungs- und Pflegemaßnahmen privatrechtlich zu sichern, z. B. über einen städtebaulichen Vertrag.

Der Unterhaltungsverpflichtung der Ausgleichsflächen beträgt mindestens 25 Jahre. Die Ausgleichsflächen sind auf Dauer zu sichern und zu erhalten.

Die Meldung der Ausgleichsflächen an das Ökoflächenkataster des LfU für die Bauleitplanung obliegt der Gemeindeverwaltung (Art. 9 BayNatSchG). Es wird darauf hingewiesen, dass die unverzügliche Meldung der Ausgleichsflächen nach Inkrafttreten des Bebauungsplans einen umfassenden Überblick über die Ausgleichsflächen im Gemeindegebiet gewährt sowie die Überwachung der Maßnahmen nach § 4c BauGB vereinfacht.

Beschluss: 8:0

Ein Maßnahmenkonzept für die im BPlan-Umgriff liegende Ausgleichsfläche wird im Rahmen eines Herstellungs-, Pflege- und Entwicklungskonzeptes erstellt.

Das Maßnahmenkonzept auf den Fl.Nrn. 1135 und 1143 wurden mit beiden unteren Naturschutzbehörden (Landkreis und LHS München) am 27.10.2020 und 27.12.2021 im Zuge des Verfahrens zum Neuen Bauhof (BPlan Nr. 90/19) abgestimmt. Die Maßnahmen wurden im genannten BPlan bereits festgesetzt. Die Umsetzung der Maßnahmen beider Flächen ist zudem bereits mit Grundlage der Abstimmung aus 2020 / 2021 in Bearbeitung. Mit einer Obstwiese wird nicht in den Moorboden eingegriffen, der Boden wird nicht abgeschoben. Durch die flächige Wildgehölzpflanzung mit Blüh- und Fruchtgehölzen kann zudem eine deutliche ökologische Aufwertung erzielt werden. Die Flächen befinden sich in Gemeindeeigentum. Änderungen am abgestimmten Ausgleichskonzept sind nicht erforderlich. Weitere Hinweise und Anregungen werden zur Kenntnis genommen.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Gemeinde Unterföhring – Abfallberatung

Das Schreiben vom 08.12.2022 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

Nach Durchsicht des aktuellen Planungsstandes muss angemerkt werden, dass eine erschwerte Müllentsorgung besteht. Nachdem die Gebäude 1a und 1b keinen direkten Zugang zur Straße haben, bedeutet dies, dass die Mülltonnen von den beiden Gebäuden komplett die ganze Zufahrt entlang bis zur Straße gefahren werden müssen.

Beschluss: 8:0

Der Bebauungsplan regelt die Abholung des Mülls nicht. Eine Änderung der Bebauungsplanunterlagen ist nicht erforderlich.

Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Ebersberg-Erding

Das Schreiben vom 20.12.2022 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

Die Sachverhalte aus der Stellungnahme vom 13.06.2022 haben weiterhin Gültigkeit.

Der Vollständigkeit halber wird die eingegangene Stellungnahme vom 13.06.2022 wiedergegeben:

„Es befinden sich in der näheren Umgebung des Planungsgebietes noch weitere landwirtschaftliche Flächen. Daher kann es zu unvermeidbaren Lärm-, Staub- und Geruchsemissionen durch die Landwirtschaft kommen. Diese können auch am Wochenende, Sonn- und Feiertagen auftreten. Sie sind im ortsüblichen Umfang zu dulden. Bei Grenzbepflanzungen, welche an landwirtschaftlichen Flächen angrenzen, wird empfohlen, ab einer Bewuchshöhe von 2 m Grenzabstände von mindestens 4 m zum Nachbargrundstück einzuhalten, um zukünftige Beeinträchtigungen zu vermeiden.“

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung des Bebauungsplans ist nicht erforderlich. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

Bayernwerk Netz GmbH

Das Schreiben vom 17.01.2023 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

Mit Schreiben vom 10.06.2022 wurde bereits eine Stellungnahme zum Verfahren abgegeben, welche weiterhin Ihre Gültigkeit behält.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Der Vollständigkeit halber wird die eingegangene Stellungnahme vom 10.06.2022 wiedergegeben:

„Gegen das o. g. Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen, wenn dadurch der Bestand, die Sicherheit und der Betrieb der bestehenden Anlagen nicht beeinträchtigt werden. In dem überplanten Bereich befinden sich betriebene Versorgungseinrichtungen.

Kabel

Der Schutzzonenbereich für Kabel beträgt bei Aufgrabungen je 0,5 m rechts und links zur Trassenachse. Es wird darauf hingewiesen, dass die Trassen unterirdischer Versorgungsleitungen von Bepflanzung freizuhalten sind, da sonst die Betriebssicherheit und Reparaturmöglichkeit eingeschränkt werden. Bäume und tiefwurzelnde Sträucher dürfen aus Gründen des Baumschutzes (DIN 18920) bis zu einem Abstand von 2,5 m zur Trassenachse gepflanzt werden.

Kabelplanung(en)

Zur elektrischen Versorgung des geplanten Gebietes sind 20 kV- und Niederspannungskabel erforderlich. Eine Kabelverlegung ist in der Regel nur in Gehwegen, Versorgungstreifen, Begleitstreifen oder Grünstreifen ohne Baumbestand möglich.

Ausführung von Leitungsbauarbeiten sowie Ausstecken von Grenzen und Höhen:

- Vor Beginn der Verlegung von Versorgungsleitungen sind die Verlegezonen mit endgültigen Höhenangaben der Erschließungsstraßen bzw. Gehwegen und den erforderlichen Grundstücksgrenzen vor Ort bei Bedarf durch den Erschließungsträger (Gemeinde) abzustecken.
- Für die Ausführung der Leitungsbauarbeiten ist ein angemessenes Zeitfenster zur Verfügung zu stellen, in dem die Arbeiten ohne Behinderungen und Beeinträchtigungen durchgeführt werden können. Für Kabelhausanschlüsse dürfen nur marktübliche und zugelassene Einführungssysteme, welche bis mind. 1 bar gas- und wasserdicht sind, verwendet werden. Ein Prüfungsnachweis der Einführung ist nach Aufforderung vorzulegen. Es wird gebeten, den Hinweis an die Bauherren in der Begründung aufzunehmen. Die Erschließung für die Hausanschlüsse zu den Gebäuden ist jeweils direkt von der Beta-Straße her auf die entsprechenden Grundstücke vorzusehen.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Transformatorenstation(en)

Zur elektrischen Erschließung der kommenden Bebauung wird die Errichtung einer neuen Transformatorenstation erforderlich. Es wird gebeten, eine entsprechende Fläche für den Bau und Betrieb einer Transformatorenstation zur Verfügung zu stellen. Der Standort ist bereits im Bereich entlang der Beta-Straße vorgesehen und mit dem Bauamt abgestimmt.“

Zur elektrischen Erschließung der kommenden Bebauung ist die neue Transformatorenstation bereits in Abstimmung mit dem Bauamt aufgestellt worden.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

DB Energie GmbH

Das Schreiben vom 09.01.2023 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

1. Innerhalb des Verfahrensgebietes verläuft die planfestgestellte 110-kV-Bahnstromleitung mit einem Schutzstreifen beidseits von je 30 m bezogen auf die Leitungssachse (Schutzstreifenbreite gesamt: 60 m), deren Bestand und Betrieb zur Aufrechterhaltung der Bahnstromversorgung auf Dauer gewährleistet sein muss.
2. Die Leitungstrasse mit Trassenachse und Schutzstreifen sowie ggf. Maststandorten ist im Bebauungsplan darzustellen. Maßgebend ist die in der Örtlichkeit tatsächlich vorhandene Leitungstrasse.
3. Innerhalb des Schutzstreifens muss mit Beschränkungen der Bauhöhen von Bauwerken (wie z.B. Gebäude, Wege, Straßen, Brücken, Verkehrs-, Entwässerungs-, Sport-, Freizeit-, Beleuchtungs-, Lärmschutz-, Signal-, Werbe-, Leitungs- und Bewässerungsanlagen sowie Lagerstätten, -halden usw.) gerechnet werden. Pläne für alle Bauwerke innerhalb des Schutzstreifens müssen deshalb durch den jeweiligen Grundeigentümer zur Überprüfung der Sicherheitsbelange vorgelegt werden. Für eine Spezifizierung der Einschränkungen sind Angaben über die geplanten Bauwerke hinsichtlich ihrer Höhenentwicklung in Meter ü.NN (z.B. für Fahrbahnoberkanten, Erdoberkanten, Gebäudeoberkanten, Endwuchshöhen, Anlagenhöhen usw.) zwingend erforderlich.
4. Für Bauwerke innerhalb des o.g. Schutzstreifens ist die Zustimmung der für Feuerlöscharbeiten zuständigen Behörde gemäß aktueller DIN VDE 0132

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

erforderlich. Die Dacheindeckung für Gebäude muss in diesem Bereich der DIN 4102 Teil 7 entsprechen.

5. Änderungen des Geländeniveaus - auch temporär - (wie z.B. durch Aufschüttungen, Lagerungen von Materialien, Stapelungen, Haufwerke usw.), die nicht Bestandteil der vorgelegten Planung sind, dürfen innerhalb des o.g. Schutzstreifens nicht ohne weiteres durchgeführt werden.

6. Unter den Leiterseilen muss unter Umständen mit Eisabwurf sowie mit Vogelkot gerechnet werden. Etwaige daraus entstehende direkte und indirekte Schäden werden nicht übernommen.

7. Einer Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern kann innerhalb des Schutzstreifens nur im Rahmen bestehender Dienstbarkeiten bzw. schuldrechtlicher Verträge zugestimmt werden.

Im Übrigen gelten die Bestimmungen gemäß DIN VDE 0105 und DIN EN 50341 in der jeweils aktuellen Fassung.

Die in der 26. BImSchV genannten Grenzwerte für elektrische Feldstärke und magnetische Flußdichte werden für den Bereich, für den die Zustimmung zur Bebauung gegeben wird, von 110-kV-Bahnstromleitungen eingehalten. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass in unmittelbarer Nähe von 110-kV-Bahnstromleitungen mit Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf elektrische und magnetische Felder empfindlich reagierenden Geräten zu rechnen ist.

Es wird empfohlen, eine Abstimmung der Vorplanung hinsichtlich der durch o.g. 110-kV-Bahnstromleitung innerhalb des o.g. Schutzstreifens ggf. auftretenden Einschränkungen mit Einreichung einer Bauvoranfrage durchzuführen. Die endgültigen Baupläne sind anschließend vor Erstellung eines Bauwerkes zur Prüfung und Zustimmung im Rahmen bestehender Dienstbarkeiten vorzulegen. Auf dieser Grundlage werden dann im Rahmen der Bauvoranfrage/des Bauantrags die von Personen und Gerätschaften einzuhaltenden Arbeitsgrenzen bekannt gegeben.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und soweit erforderlich berücksichtigt. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

DB AG DB Immobilien

Das Schreiben vom 10.01.2023 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Innerhalb des Verfahrensgebietes verläuft die planfestgestellte 110-kv-Bahnstromleitung Nr. 521, München Ost – Aufkirchen, Mast Nr. 1326 bis 1327.

Seitens der DB Energie GmbH bestehen gegen das Bauvorhaben keine Bedenken, wenn die in der Stellungnahme der DB Energie vom 09.01.2023 benannten fachtechnischen und sicherheitsrelevanten Bedingungen berücksichtigt und eingehalten werden.

Sollten sich durch das Vorhaben zu einem späteren Zeitpunkt für den Eisenbahnbetrieb sicherheitsrelevante Auswirkungen ergeben bzw. festgestellt werden, behält sich die DB AG weitere Bedingungen und Auflagen vor.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

SWM Infrastruktur GmbH & Co. KG

Das Schreiben vom 17.01.2023 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

Innerhalb des Bebauungsplanbereiches befinden sich im Bereich des Kreisverkehrs Dieselstraße Erdgas- und Wasserversorgungsanlagen und müssen bei den Planungen berücksichtigt werden. Hier ist insbesondere bei Baumpflanzungen und Begleitgrün auf die jeweiligen Sparten zu achten. Innerhalb der Grundstücke Fl.Nr. 229/13, 229/7, 229/9 sowie 229/10 verläuft die Erdgashochdruckleitung DN 350.

Geplante Baumaßnahmen dürfen nur nach vorheriger örtlicher Einweisung in den Leitungsbestand durch eine Aufgrabungskontrolle begonnen werden. Die vorhandene Überdeckung der Versorgungsanlagen darf sich durch bauliche Maßnahmen sowie Geländemodellierungen nicht verändern.

Für Baumpflanzungen gilt ein Mindestabstand von 2,5 m zu allen Kabeln, Leitungen und Schachtbauwerke der SWM. Die Abstände werden zwischen der Baumachse und der Anlagenaußenkante gemessen. Grundlage ist die DIN 18920.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

Deutsche Telekom Technik GmbH

Das Schreiben vom 09.01.2023 mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Im Bereich des Planungsgebietes (Betastr.) ist zum Teil eine Telekommunikationsinfrastruktur vorhanden, allerdings nicht am geplanten Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße und Dieselstraße. Änderungen, Baumaßnahmen oder Planungen zu Baumaßnahmen sind zurzeit nicht vorgesehen.

Bei allen Grabungen am oder im Erdreich ist die beiliegende Kabelschutzanweisung unbedingt zu beachten.

Vorbehaltlich einer positiven Ausbauentscheidung wird darauf aufmerksam gemacht, dass die vorhandene Telekommunikationsinfrastruktur nicht ausreicht, um das Plangebiet zu versorgen. Es sind zusätzliche Planungen und Baumaßnahmen erforderlich.

Die Telekom Deutschland GmbH behält sich vor, die notwendige Erweiterung der Telekommunikationsinfrastruktur in mehreren unabhängigen Bauabschnitten durchzuführen und ihre Versorgungsleitungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verlegen.

Für die Anbindung neuer Bauten an das Telekommunikationsnetz der Telekom sowie der Koordinierung mit den Baumaßnahmen anderen Leitungsträger ist es unbedingt erforderlich, dass Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen der Bauherrenhotline so früh wie möglich, mindestens 4 Monate vorher angezeigt werden.

Es wird gebeten, folgende fachliche Festsetzung in den Bebauungsplan aufzunehmen:

In allen Straßen bzw. Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen für die Unterbringung der Telekommunikationsanlagen vorzusehen.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen der vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden und aus betrieblichen Gründen (z. B. im Falle von Störungen) der ungehinderte Zugang zu den Telekommunikationslinien jederzeit möglich ist.

Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013; siehe hier u. a. Abschnitt 6 zu beachten.

Es ist sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der Telekommunikationslinien nicht behindert werden.

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Beschlussfassung ist nicht erforderlich.

Weiteres Vorgehen

Der Änderungsbebauungsplan Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, in der Fassung vom 27.09.2022, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse zu ergänzen. Die vorstehend aufgeführten Änderungen werden beschlossen. Die vorgenannten Änderungen sind nur redaktioneller Natur. Eine erneute Auslegung und eine erneute Trägerbeteiligung sind daher nicht erforderlich.

Der Änderungsbebauungsplans Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, erhält das Fassungsdatum 06.07.2023 und ist dem Gemeinderat mit allen abwägungsrelevanten Unterlagen und Stellungnahmen vorzulegen.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

Beschluss: 8 : 0

Der Änderungsbebauungsplan Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, in der Fassung vom 27.09.2022, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse zu ergänzen. Die vorstehend aufgeführten Änderungen werden beschlossen. Die vorgenannten Änderungen sind nur redaktioneller Natur. Eine erneute Auslegung und eine erneute Trägerbeteiligung sind daher nicht erforderlich.

Der Änderungsbebauungsplans Nr. 74a/16, Kleingewerbegebiet östlich der Beta-Straße, erhält das Fassungsdatum 06.07.2023 und ist dem Gemeinderat mit allen abwägungsrelevanten Unterlagen und Stellungnahmen vorzulegen.

Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 6100

Bauamt

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

307

8

Gartenhäuser im Umgriff des Bebauungsplanes Nr. 34/85: städtebauliche Situation und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende erinnert an den Antrag des Herrn Christian Kaap, auf isolierte Befreiung für die Errichtung eines Gartenhauses mit Überdachung am Gernweg 13, Fl.Nr. 181/96, vom 30.05.2022, zu dem der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses Nr. 267 in seiner Sitzung am 13.12.2022 folgendes beschlossen hat:

„Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss nimmt den Antrag auf isolierte Befreiung für die Errichtung eines Gartenhauses mit Überdachung am Gernweg 13, Fl.Nr. 181/96 vom 30.05.2022, eingegangen bei der Gemeinde am 30.05.2022, sowie das Schreiben der städtebauliche Oberleitung, Frau Schreiber der Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH, vom 25.10.2022, zur Kenntnis. Das Gremium lehnt die beantragte Befreiung des Bebauungsplans (isolierte Befreiung) ab.

Frau Architektin Schreiber wird beauftragt hier den Bestand zu überprüfen und das Ergebnis mit einer Stellungnahme dem Bauausschuss vorzulegen.“

Der Antragsteller Herr Christian Kaap, hat mit E-Mail vom 29.01.2023 um das Ruhen seines Antrages gebeten, um die Ergebnisse der städtebaulichen Untersuchung abzuwarten.

In der Zwischenzeit wurde seitens Frau Schreiber, der Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH eine Begehung des Bebauungsplangebietes durchgeführt um den aktuellen Bestand (und die Dimensionen) der vorhandenen Gartenhäuser zu überprüfen. Bei dieser Begehung wurde festgestellt, dass ca. 20 dieser baulichen Anlagen, das im Bebauungsplan festgesetzte Maß von 5m³ deutlich überschreiten (Größe der errichteten Gartengerätehäuser reicht von 7m³ bis 36,9m³). Ein Übersichtsplan (Auswertung Zustand aktuell „Gartengerätehäuschen“ Gemeinde Unterföhring, Stand 27.06.2023) mit den betroffenen Grundstücken, sowie eine Auflistung dieser wurde dem Gremium zur internen Verwendung zugestellt.

Mit Stellungnahme vom 05.05.2023 empfiehlt Frau Architektin Schreiber eine Anpassung der Festsetzung im Bebauungsplan an den aktuellen Bestand. Eine zulässige Größe von 20m³ in Verbindung mit einer maximal zulässigen Grundfläche von 9m², sowie ohne zusätzliche baulich fest installierte Überdachung, wäre aus städtebaulicher Sicht vorstellbar. Die im Bestand vorhandenen Gartengerätehäuser über 20 m³ (12 Stück von 20), die also weiterhin über das neue geplante Maß hinausgehen, entsprechen weiterhin

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

nicht den Festsetzungen des Bebauungsplanes und sind in dieser Größe unzulässig errichtet worden. Es muss geprüft werden, wie damit bauaufsichtlich umzugehen ist. Neue Gartengerätehäuser müssen sich an die neue angepasste Festsetzung des Bebauungsplanes halten, wenn das Gremium den Anpassungen (Kubatur und Fläche) zustimmt.

Die Stellungnahme der städtebaulichen Oberleitung, Frau Schreiber der Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH, vom 05.05.2023 wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Sollte sich das Gremium gemäß der Empfehlung von Frau Schreiber vom 05.05.2023 für die Änderung der Festsetzungen im Bebauungsplan aussprechen, ist die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34/85 als Empfehlungsbeschluss (Aufstellungsbeschluss) dem Gemeinderat vorzulegen.

Beschluss: 8 : 0

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss nimmt den Sachstand, sowie das Schreiben der städtebaulichen Oberleitung, Frau Schreiber der Claudia Schreiber Architektur und Stadtplanung GmbH, vom 05.05.2023, bezüglich der Gartengerätehäuser im Umgriff des Bebauungsplanes Nr. 34/85 zur Kenntnis und spricht sich dafür aus, die darin empfohlenen Änderungen des Bebauungsplanes (eine zulässige Größe von 20m³ in Verbindung mit einer maximal zulässigen Grundfläche von 9m², sowie ohne zusätzliche baulich fest installierte Überdachung), zu veranlassen.

Die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 34/85 ist als Empfehlung (Aufstellungsbeschluss) dem Gemeinderat vorzulegen.

AZ 6024
Bauamt

- 308 8 **Antrag auf Baugenehmigung für den Neubau einer Doppelhaushälfte mit zwei Wohneinheiten und einer Duplexgarage mit vier Stellplätzen in der Ringstraße 5, Fl.Nr. 1189/7**

Der Vorsitzende gibt den Antrag auf Baugenehmigung der Blue Bavaria Wohnbau GmbH, Wilburgstetten, für den Neubau einer Doppelhaushälfte mit zwei Wohneinheiten und einer Duplexgarage mit vier Stellplätzen in der

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Ringstr. 5, Fl.Nrn. 1189/7 vom 02.05.2023, eingegangen über das Landratsamt München (digitaler Bauantrag) bei der Gemeinde am 08.05.2023, bekannt.

Der Vorsitzende verweist auf den Beschluss des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 28.10.2021, Nr. 161, in welchem einem Bauantrag auf dem betreffenden Grundstück auf Neubau einer Doppelhaushälfte mit Garage und Stellplatz zugestimmt wurde.

Die Planzeichnungen des neuen Bauantrages vom Architekten Robert Beis, München, vom 02.05.2023 wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Für das Grundstück Fl.Nrn. 1189/7, Gesamtgrundstücksfläche 346 m², das im rechtskräftigen Flächennutzungsplan als Allgemeines Wohngebiet ausgewiesen ist, besteht kein rechtskräftiger Bebauungsplan. Eine Bebauung hat sich demnach gemäß § 34 BauGB in die Umgebungsbebauung einzufügen.

Die Antragstellerin plant den Neubau einer Doppelhaushälfte mit zwei Wohneinheiten und einer Duplexgarage mit vier Stellplätzen.

Die Maße der geplanten Doppelhaushälfte betragen 12,86 m Länge x 9,01 m Breite x 8,89 m Firsthöhe (Geländemodellierung). Das Dach wird dabei als Satteldach mit einer Neigung von 45 Grad ausgebildet.

Der geplante Neubau sieht zwei Wohneinheiten mit insgesamt 225 m² Wohnfläche vor, diese lösen einen Stellplatzbedarf von vier Stellplätzen aus. Die Stellplätze werden als Duplexgarage geplant und nachgewiesen.

Mit dem geplanten Neubau des Mehrfamilienhauses wird eine GRZ von 0,809 und eine GFZ von 0,570 erreicht.

Die Abstandsflächen werden nach dem aktuell gültigen Recht (BayBO 2021) mit 0,4H angegeben und eingehalten.

Beschluss: 8 : 0

Der Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss nimmt den Antrag auf Baugenehmigung der Blue Bavaria Wohnbau GmbH, Wilburgstetten, für den Neubau einer Doppelhaushälfte mit zwei Wohneinheiten und einer Duplexgarage mit vier Stellplätzen in der Ringstr. 5, Fl.Nrn. 1189/7 vom 02.05.2023, eingegangen über das Landratsamt München (digitaler Bauantrag) bei der Gemeinde am 08.05.2023, zur Kenntnis und bringt folgende Hinweise und Anregungen vor:

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

- Auf das Einfügegebot gem. § 34 BauGB wird hingewiesen.
- Auf die Stellplatzsatzung und die Fahrradabstellplatzsatzung der Gemeinde Unterföhring wird hingewiesen.
- Auf die erforderliche Nachbarbeteiligung gem. Art. 66 BayBO wird hingewiesen.

AZ 601

Bauamt

Bekanntgaben / Anfragen

Bekanntgaben / Anfragen

309 8

BEK 07/2023 HKW Nord Revisionsarbeiten

Der Erste Bürgermeister teilt mit, dass am Donnerstag, 6. Juli 2023 Revisionsarbeiten am HKW Nord stattfinden. Durch die Druckentleerung am Fernwärmesystem können für kurze Zeit in einigen Ortsteilen in Unterföhring Geräusche zu hören und stärkere Dampf Wolken zu sehen sein. Die angekündigten Revisionsarbeiten stellen keine Gefahr für die Unterföhringer Bevölkerung dar.

AZ 611

Bauamt

Bekanntgaben / Anfragen

310 8

BEK 07/2023 Unterbrechung Internet- und Fernsehanschluss Vodafone / Kabel Deutschland bei 6 Wohneinheiten in der Egerlandstraße

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass seit 28.06.2023 der Internet- und Fernsehanschluss Vodafone / Kabel Deutschland bei 6 Wohneinheiten in der Egerlandstraße unterbrochen ist.

Vermutlich verursacht durch Aufgrabungsarbeiten der deutschen Telekom im öffentlichen Straßenbereich zur Verlegung neuer Glasfaserleitungen. Trotz mehrfacher Schadensmeldungen bei Vodafone / Kabel Deutschland, wurde der Schaden bisher noch nicht behoben.

Das Technische Tiefbauamt versucht weiterhin die Reparatur zu erwirken.

AZ 631 Bauamt

34. Sitzung des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 06.07.2023

Lfd.
Nr.

Anwe-
send

Vortrag - Beschluss

Nachdem keine weiteren Anfragen in der öffentlichen Sitzung gestellt wurden, schließt der Erste Bürgermeister die heutige öffentliche Sitzung um 19:25 Uhr und wünscht allen Zuhörern und dem Gremium einen schönen Abend.



Andreas Kemmelmeier
Erster Bürgermeister



Lothar Kapfenberger
Leitung Bauamt